

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Arbeiter täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Dienstverleiher
Wochenblatt monatlich - Wilsdruff, durch unsere Mitarbeiter zugewandt in der Stadt monatlich - Wilsdruff, auf dem Lande
Wilsdruff, durch die Post bezogen vierteljährlich - Wilsdruff, durch den Postboten und Postkutschen
unserer Mitarbeiter und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Verhinderungen hat der Besteller seinen Aufbruch und Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Informationspreis - Wilsdruff, für die 6 wöchentlich erscheinende oder deren Kennen, Kollation, die 2 halbjährige Kollation
Der Wiederbezug und Jahresauftrag entwerfen der Preisabgabe. Zahlungsbedingungen im amtlichen Teil nur von
Wilsdruff, die 2 halbjährige Kollation - Wilsdruff, die 2 halbjährige Kollation - Wilsdruff, die 2 halbjährige Kollation
10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wie kein anderer, jeder Nach-
druck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruhestand gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 220

Mittwoch den 20. September 1922.

81. Jahrgang

Keine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichsbankpräsident Hakenstein ist aus London nach Berlin zurückgekehrt. Seine Verhandlungen sollen günstige Resultate erzielt haben.
- * Der Reichsverband der Eisenbahnen hat eine Erhöhung der Tarife für Güter und Personen um 100 Prozent zu.
- * Bei der Kette des englischen Kriegsministeriums nach Köln soll es sich um eine Verminderung der Beschäftigungskosten handeln.
- * Vertreter der deutschen Gewerkschaften sind nach Paris abgereist, um über Beteiligung an dem Wiederaufbau Frankreichs zu verhandeln.
- * In Deutsch-Oberschlesien haben die Bergarbeiter einem Arbeitsstreik zugestimmt.
- * Die Bitterfelder Versammlung in Genf nahm einstimmig Ungarn in den Bitterbund auf.
- * Frankreich und Italien widersprechen der Forderung Englands, gegen die siegreichen Türken mit Waffengewalt vorzugehen. Rußland stellt sich offen auf die Seite der Türken.

Antriebe und Hemmungen.

In London wird abermals, und zwar rein finanziell, über die Erfüllungskrise entschieden, die nur nominell zunächst eine Angelegenheit Deutschlands und Belgiens ist. Der Präsident der deutschen Reichsbank versucht, von Londoner oder Neutralen Banken eine Garantie für die Zahlungen zu erlangen, die Deutschland zunächst an Belgien, dann an Frankreich zu leisten hat. Als Präsident einer nach dem Willen der Entente selbständigen, nicht staatlichen Bank führt er also die Verhandlungen nicht von Regierung zu Regierung, sondern von Privatfirma zu Privatfirma. Das Reparationsproblem wird also rein kaufmännisch aufgeföhrt. Aber immerhin ist diese Auffassung geteilter Natur. Für die Verhandlungen mit England und Amerika sind finanzielle Lösungen in Aussicht genommen, für die mit Frankreich zu lösenden vom Standpunkt der Ausgleichung und Verbindung der europäischen Erzeugung. Entscheidend für den Ausgang der Londoner Mission Hakensteins bleibt, ob England ein finanzielles Interesse an der Gesundung Europas hat.

Unzweifelhaft hat sich die geschäftliche Lage Englands gebessert, und in dem Grade der Besserung nimmt das Interesse für Europa ab. Der Ruf der britischen Konservativen nach einer Vernachlässigung der europäischen Interessen hat in England großen Widerhall gefunden. Die gleichwohl in der Kriegswirtschaft, die Löhne und Preise abgebaut wurden, ist von feiner anderen europäischen Nation befolgt worden, aber das Ergebnis ist für England durchaus befriedigend. Die Löhne sind gefallen, aber auch die Preise. England ist dadurch wieder wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt geworden. So nimmt die Arbeitslosigkeit ab, die Beschäftigung zu. Man hat in Deutschland zu wenig auf diese Tatsache geachtet, die sich auch politisch auswirkt. Wenn, wie wir der neuesten britischen Handelsstatistik entnehmen, die Ausfuhr im August 8 688 000 Pfund Sterling mehr als im gleichen Monat des Vorjahres betrug, obgleich der Kurs des Sterling sich befestigte, und die Einfuhr infolge Rückgang des Nahrungsmittelports um 5 893 000 Pfund abnahm, dann liegt darin das Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung Englands. Auch die Verabreichung der Tarife hat sich wirtschaftlich günstig ausgewirkt und vom April bis September bei der Post z. B. einen Überschuß von über 5 Millionen Pfund Sterling ergeben. Jede Katastrophentheorie auf dem europäischen Festland erschütterte die britische Wiedergenesung, aber mit der Sättigung Britanniens nimmt auch die Aktionsfähigkeit gegen Frankreich ab, die ohnehin durch eine verschleierte Türkenpolitik Lloyd Georges geschwächt worden ist.

England würde also durchaus für die deutschen Schulden eine Gewähr übernehmen, wenn es dadurch für sich selbst etwas herausholen könnte. Es ist heute nicht so sehr auf das deutsche Abgabegeld als darauf angewiesen, den deutschen Konkurrenten vom Weltmarkt zu verdrängen und daher versucht es immer wieder, durch finanzielle Vorstöße die Mark zu stabilisieren. Steigt die deutsche Mark, dann sinkt die Exportfähigkeit Deutschlands. Von dieser Plattform aus hat England versucht, Hakensteins Mission zu erleichtern und den belgischen und französischen nur in der Form starken Widerspruch zu bannen. Da das gelingt, wird diese Woche beweisen.

Frankreich dagegen hat ganz andere Interessen. Der Plan, Industriebetriebe Europas zu werden, scheitert an der merklich rückschreitenden technischen Vorbildung der Franzosen. Frankreich hat nicht genügend moderne Maschinen. Die französische Finanzpolitik hat genau so zur Entwertung des Francs geführt wie die deutsche für die Mark, denn wenn in Deutschland die Notenpresse arbeitet, so in Frankreich das System der inneren Anleihen, die zu einer außerordentlichen Verschuldung des Staats an die eigenen Volksgenossen geführt hat. Da der französische Staatshaushaltsplan deutsche Zahlungen als feste Posten eingesetzt hatte, diese Zahlungen aber unmöglich waren, konnte Frankreich seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht durch Drohungen Poincarés gegen Deutschland beheben. Frankreichs Reichum ist seine Erzeugung. Darin Reht Frankreich keine an Rußland. Diese Erde ver-

mag es nicht zu verarbeiten, dagegen ist die deutsche Industrie darauf eingerichtet. Dem Wiederaufbauprogramm für die zerstörten Gebiete, das unter Billigung Poincarés auf der Heimburg abgeschlossen wurde, ist ein ähnliches mit süddeutschen Industrieführern geföhrt, und die deutschen und französischen Gewerkschaften sind in dem gleichen Sinne tätig. Es handelt sich hier also um Sachlieferungen und Austausch der Produkte der Schlüsselindustrien, worin eigentlich eine Garantie für den europäischen Wiederaufbau von innen heraus und eine Sicherung gegen Arbeitslosigkeit liegt. Es ist ferner bemerkenswert, daß die Anregungen zu einer wirtschaftspolitischen deutsch-französischen Verständigung von französischer Seite ausgegangen sind.

Allmählich kommt also die Vernunft zum Durchbruch, immerhin stehen ihr im Wege die gefährlichen machtpolitischen Versuche der Franzosen und das händlerische Interesse Englands. Poincaré hält seine Reden in der alten Form, und jeden Sonntag ist eine Fälschung. Aber der Schreier nach Gewalt kann auch anders, und der europafreundliche Brite ist in Wirklichkeit stets darauf bedacht gewesen, entweder Europa als seine Kolonie anzusehen oder europäischen Wettbewerb zu vernichten. Die Lösung der Reparationsfrage kann heute nicht auf dem einen oder anderen, auf dem finanziellen oder wirtschaftlichen Wege erfolgen. Die Zusammenfassung ist notwendig. Und diese Woche entscheidet darüber, ob sie erfolgt, d. h. ob wirklich eine Klemme und Erleichterungen erhalten oder nur eine Galgenfrist. Ob die Reime der Vernunft wachsen oder die Selbstzerföderung wie Gift weiter fröhrt.

Süddeutsches Wirtschaftsabkommen mit Frankreich.

Nachdem das Abkommen zwischen Stinnes und Luberjac abgeschlossen worden ist, wurde auch in Würtemberg ein Sachlieferungsabkommen zwischen einer süddeutschen und einer französischen Interessentengruppe getätigt, das für die süddeutsche Industrie von besonderer Bedeutung sein dürfte. Die Stuttgarter Commerz- und Privatbank hat ihre Mitwirkung zugesagt, und das Abkommen ist am 2. September von beiden Seiten unterzeichnet worden.

Die deutschen Gewerkschaften und der Aufbau.

Wie die amtliche französische Agence Havas erföhrt, haben die deutschen Arbeiterverbände die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete, Beschlüsse mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zum Abschluß einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu entsenden, angenommen. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird Dienstag in Paris erwartet. Es sollen in Paris wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Bismarcks und des zwischen Stinnes und Luberjac abgeschlossenen Abkommens getroffen werden.

Uneinigkeft in der Orientfrage.

Frankreich und Italien gegen England.

Großbritannien, durch die Niederlage der Griechen in Kleinasien schwer betroffen, möchte mit Waffengewalt gegen die siegreichen Türken vorgehen. Aber es findet dabei keine Gegenliebe bei seinen Alliierten. Die französische Presse lehnt die englischen Vorschläge auf militärische Operationen gegen Kemal Pascha, dem Führer der Türken, einstimmig ab und erklärt, Frankreich würde sich auf keinen Fall in einen neuen Krieg einlassen. In gleicher Weise soll Italien entschlossen sein, England die Gefolgschaft in dieser Frage zu verweigern. Aber auch im eigenen Machtbezirk oder Dritten regt sich Widerspruch. So wollen Australien und Neuseeland wohl Truppen zur Verteidigung der Dardanellen senden, jedoch besteht in Kanada und Südafrika keinerlei Bereitwilligkeit, dem Mutterlande in einen neuen Krieg gegen die Türken zu folgen. Dagegen sollen die Vereinigten Staaten von Amerika, in jedem Versuch Kemal Paschas, nach Europa überzusetzen, eine große Gefahr erblicken und ein Eingreifen erwägen.

Ruf nach der Seite der Türken.

Die Note des russischen Kommissars für auswärtige Angelegenheiten nach London erklärt das Aufsteigen griechischer Kriegsschiffe im Schwarzen Meer für ungerichtlich. Solche Vertragsverletzungen könnten niemand überraschen bei der Art und Weise, wie die Westmächte sich andauernd Vertragsverletzungen zuschulden kommen lassen. Die Regelung der Meerengenfrage sei lediglich Sache der Küstenstaaten, als Rußlands, der Türkei, der Ukraine, Georgiens, Angoras und Rumaniens, nicht der Alliierten. Aus London wird gemeldet, die Sowjets hätten eine außerordentliche Konferenz des revolutionären Militärates einberufen. Es werde versichert, daß die Konferenz beschloffen habe, unerbittlich alle Streitkräfte der kaukasischen Republik, die russischen im Kaukasus befindlichen Streitkräfte und die Sowjetflotte im Schwarzen Meer zur Aktion vorzubereiten. Ein Korps der Sowjetstreitkräfte sei bereits an der Grenze der asiatischen Türkei aufgestellt worden, bereit, Mustapha Kemal beim Vormarsch auf Souffiantogul in Hilfe zu kommen.

Hakenstein wieder in Berlin.

Befriedigende Resultate.

Die Verhandlungen des Präsidenten der deutschen Reichsbank, Hakenstein, mit der Bank von England in London, die am Sonnabend begonnen hatten, wurden den ganzen Sonntag über fortgesetzt. Abends reiste Hakenstein nach Berlin ab.

Reichsbankpräsident Hakenstein ist Montag aus London zurückgekehrt und hat sofort dem Reichskanzler über den Verlauf seiner Besprechungen Bericht erstattet. Montag abend fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigte. Wie bekannt wird, haben die Besprechungen des Reichsbankpräsidenten einen befriedigenden Verlauf genommen. Nach Abschluß der Beratungen des Reichskabinetts wird sogleich die Verantwortung der belgischen Note erfolgen, wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche.

Die belgische Regierung hat bekanntlich dem deutschen Gesandten in Brüssel erklärt, daß sie damit zufrieden ist, wenn sie eine Antwort der deutschen Regierung nach der Rückkunft des Präsidenten Hakenstein nach Berlin erhält.

Die neuen Bahntarife.

100 Prozent mehr für Personen und Güter

Der händige Ausschuß des Reichs Eisenbahnrates stimmte den Tarifserhöhungsvorschlägen der Bahnverwaltung einstimmig zu. Bei den Gütertarifen wurde mit sieben gegen sechs Stimmen ein Antrag angenommen, wonach die Gütertarifserhöhung zum 1. Oktober unter Einrechnung der bereits beschlossenen Erhöhung von 33 Prozent, insgesamt 100 Prozent der Septembersätze betragen soll. Der Minister stimmte zu, ist aber entschlossen, unter allen Umständen für Deckung der Ausgaben zu sorgen und kann nicht zulassen, daß die Rechnung der Reichsbahn wieder mit einem Fehlbetrag abschließt. Deshalb wird binnen kurzem eine abermalige Erhöhung notwendig sein. Die Personentarife werden zum 1. November abermals um 100 Prozent erhöht.

Der Kampf um den Brotpreis.

Keine Einigung im Ausschuß.

Am 6. September hatte der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschloffen, die Reichsregierung zu ersuchen, ungeachtet den im Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vorgegebenen Ausschuß zusammenzusetzen, um mit ihm einen neuen Preis für das erste Drittel der Umlage festzusetzen. Der Ausschuß trat in Berlin zusammen, konnte aber zu keinem einheitlichen Beschluß kommen, da sich harte Widerstände gegen eine Erhöhung des Preises für das erste Drittel im Gesetz über 6900 Mark für die Zonne Roggen und 7400 Mark für die Zonne Weizen bestimmet. Reichswirtschaftsminister Fehr führte aus, die Abkürzung koste, er beabsichtige nach Einwilligung des Ausschusses die erhöhten Beträge zu zahlen und die Zustimmung des Reichstages nachträglich einzuholen. Der Sachliche Wirtschaftsausschuss protestierte gegen dieses Verfahren, das ungesetzlich sei, der Ausschuß habe kein Recht, über die Preise des ersten Drittels zu beschließen, da sie gesetzlich festgelegt seien. Die anwesenden volksparteilichen und deutschnationalen Abgeordneten traten für die Erhöhung ein, die Vertreter der Arbeitssozialdemokraten, Unabhängigen und Gewerkschaften schloffen sich dem Protest des Ministers an.

Vor der Abstimmung erklärte Minister Fehr zugleich im Namen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vertreter, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen werden, um sich nicht an einer gesetzwidrigen Handlung zu beteiligen. Sie seien auch gezwungen, jede Verantwortung für die Folgen eines bejahenden Beschlusses abzulehnen. Die Abstimmung ergab die Annahme eines Antrages Schiele auf Erhöhung mit 11 gegen 3 Stimmen, bei Enthaltung der sozialistischen Mitglieder und des deutschnationalen v. Oppen, dem der Antrag Schiele nicht weit genug ging. Von dem Vertreter des Reichsanwalteriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden diese Beschlüsse zur Kenntnis genommen und erklärt, daß die erforderlichen Schritte für eine angemessene Erhöhung des Preises für das erste Drittel in die Wege geleitet werden würden.

Überschichtenabkommen in Oberschlesien.

Wehrförderung von 170 000 Tonnen Kohlen.

Eine in Hindenburg tagende Revierkonferenz der Bergarbeiter Deutsch-Oberschlesiens sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für ein Überschichtenabkommen in Oberschlesien, wie es in Westfalen besteht, aus. An die Durchführung des Abkommens ist das Zustandekommen des Manteltarifs mit der im Ruhrrevier durchgeführten Regelung geknüpft. Die Gewerkschaften wurden beauftragt, über die Formulierung des Überschichtenabkommens zu verhandeln. Ein Überschichtenabkommen im Umfang des westfälischen würde in Deutsch-Oberschlesien monatlich eine Wehrförderung von 170 000 Tonnen ergeben.